

Zur Entwicklung und Stellung der bundesdeutschen Gewerkschaften : Vermittler zwischen Kapitallogik und Klasseninteressen

Autor(en): **Erne, Roland**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik**

Band (Jahr): - **(1993)**

Heft 21: **Crisi Krise crise : Vorschläge der Gewerkschaften**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-584271>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

VERMITTLER ZWISCHEN KAPITALLOGIK UND KLASSENINTERESSEN

Wie kaum anderswo sind die bundesdeutschen Gewerkschaften im politökonomischen System ihres Staates integriert. Doch wie überall droht ihnen durch neoliberale Deregulierungsoffensiven, den gesellschaftlichen Wertewandel sowie den geringen Organisationsgrad bei Frauen, Angestellten und Jugendlichen ein einschneidender Bedeutungsverlust. Da die deutsche für die europäische Ge-

VON ROLAND ERNE

werkschaftsbewegung immer wieder eine Vorreiterrolle spielte, kann es uns nicht egal sein, wie sie die aktuellen Herausforderungen in ihrer Praxis meistert.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die in Westdeutschland neu entstandenen partei- und konfessionsübergreifenden «Industriegewerkschaften» ihre volle verfassungsrechtliche Anerkennung, insbesondere die Tarifautonomie, durchgesetzt und sich auf ein System geregelter Tarifvertragsbeziehungen mit den Arbeitgebern eingelassen. Seitdem wurden das Netz der industriellen Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern sowie die Regulierungen des Staates (z.B. betriebliche Mitbestimmung) in der Arbeitswelt stets verfeinert.

Die BRD entwickelte sich zum sozialen Wohlfahrtsstaat, der von den Gewerkschaften voll und ganz akzeptiert wurde, obwohl er nach kapitalistischen und nicht, wie im ersten Programm des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) gefordert, nach gemeinwirtschaftlichen Prinzipien funktionierte. Bei Vollbeschäftigung, stetigem Wirtschaftswachstum, zuneh-

menden Mitbestimmungsmöglichkeiten und stets anwachsenden Lohntüten für die Beschäftigten fiel es leicht, auf antikapitalistische Ideen zu verzichten und stattdessen eine sozialpartnerschaftlichen Strategie zu verfolgen: So verwundert es nicht, dass die Gewerkschaften den revoltierenden StudentenInnen 1968 sehr skeptisch gegenüberstanden: «Wir wollen schaffen und keine langhaarige Affen!», hiess es z.B. auf Transparenten von Berliner Baugewerkschaftern während einer Demo gegen Rudi Dutschke und seine MitstreiterInnen.

Gewerkschaften als «intermediäre Organisationen»

In den Jahren des deutschen Wirtschaftswunders entwickelten sich die deutschen Gewerkschaften immer mehr zu «intermediären Organisationen» (Müller-Jentsch, 1986), die nicht die ungebrochenen Mitgliederinteressen vertraten, sondern diese pragmatisch mit den Kapital- und Systeminteressen vermittelten. Grundlegend für diese Entwicklung waren:

- das gemeinsame Interesse der Arbeitgeber und der Gewerkschaften an berechenbaren Vertragsverhältnissen und an einer wachsenden Wirtschaft,
- die Einbindung der Gewerkschaftseliten in wirtschaftliche Konsultations-, Aufsichts- und Entscheidungsgremien im Staatsapparat und in den Betriebs- und Aufsichtsräten der Wirtschaft
- sowie die rechtliche Einbindung der Vertragsparteien im Rahmen der Tarifautonomie, welche gegenseitige Anerkennung, Kompromissbereitschaft und konti-

nüierliches Zusammenwirken mit sich brachte.

Je nach Wirtschaftslage und selbstgestellten Zielvorgaben kann man in der deutschen Gewerkschaftsbewegung vor diesem Hintergrund drei verschiedene Politikvarianten feststellen:

- die *kooperative*, die ihre Interessen auf system- und kapitalfunktionale Erfordernisse abstellt, um dank ihrem «Wohlverhalten» an kommenden Wachstumssteigerungen partizipieren zu können.;
- die *konfliktorische*, die ein (partielles) Störverhalten z.B. durch Streiks als angebracht erachtet und sich dadurch Konzessionen erzwingen will, auch wenn der Ausgang der Mobilisierung durchaus ungewiss ist;
- die *sozialvertragsorientierte*, die die gesamtwirtschaftlichen Nachteile von Streiks eingesteht und auf sie zumeist verzichtet, aber nur zugunsten von mehr Konzessionen gegenüber gewerkschaftlichen Forderungen.

Es wäre zu einfach, die verschiedenen Einzelgewerkschaften eindeutig als kooperatistisch oder als konfliktorisch zu etikettieren, dennoch sind unterschiedliche Strömungen offensichtlich: So neigen von den beiden grossen Privatindustriegewerkschaften die IG Chemie-Papier-Keramik zu kooperativen und die IG Metall zu konfliktorischen Politikvarianten. Allen drei Strategien ist gemeinsam, dass sie die kapitalistischen Verwertungszwänge und Marktgesetzlichkeiten als Rahmenbedingung gewerkschaftlichen Handelns akzeptieren und sich somit von syndikalistischen Gewerkschaften abgrenzen.

Ende der Vollbeschäftigung

Als Mitte der 70er Jahre erstmals offensichtlich wurde, dass es sich bei der damaligen Wirtschaftskrise nicht nur um einen vorübergehenden Konjunkturabschwung, sondern um das Ende der Vollbeschäftigung an sich handelte, wurde klar, in welchem Masse sich die Gewerkschaften von den wachstumspolitischen Zwängen abhängig gemacht hatten. Die bis dahin von den Gewerkschaften mitgetragene Strategie der Modernisierung und Rationalisierung, welche ansehnliche Reallohnsteigerungen und Sozialleistungen bescherte, führte ab 1975 nicht mehr zu mehr Wohlstand und Arbeit für alle, sondern zu einer Zweiteilung der Gesellschaft. Es standen sich nun einigermaßen abgesicherte Stammbelegschaften und ungeschützte Randbelegschaften und Arbeitslose gegenüber (vgl. Esser 1982).

Erschwerend kommt hinzu, dass sich mit Andauern der Massenarbeitslosigkeit diese Struktur verfestigt. Als Dauerarbeitslose fallen vor allem Frauen als *Marginalisierte* ganz aus der Arbeitsmarktkonkurrenz heraus und verschwinden in der *«stillen Reserve»*. Unterstützend in der Nichtwahrnehmung von *«Randgruppen»* am Arbeitsmarkt ist natürlich auch, dass *«der Prozess der Arbeitslosigkeit gerade dadurch charakterisiert [ist], dass über die arbeits- und sozialrechtlichen Formen der Verarbeitung das Schicksal des Arbeitslosen individualisierend durch die Arbeits- und Sozialbürokratie buchstäblich «klein» gearbeitet wird.»* (Hoffmann 1986: 11f.)

Gewerkschaftliche Zukunftsdebatte

Obwohl die jahrzehntelang eingeübte Modernisierungs- und Rationalisierungsstrategie der *«Wirtschaftswunderjahre»* offensichtlich nur noch einem Teil der Beschäftigten zugute kam, hielten die Gewerkschaften an ihr fest und nahmen dadurch Massenarbeitslosigkeit in Kauf. Da sich in der Regel die Kernbelegschaft der Be-

triebe mit der Kernmitgliedschaft in den Gewerkschaften deckte, nämlich der deutsche, männliche Facharbeiter mittleren Alters, handelten die Gewerkschaften in diesem Fall durchaus *«basisnah»*. Erst als sich die Erkenntnis durchsetzte, dass mit einer defensiven und nur besitzstandwahrenden Politik gegen den Neokonservatismus kaum anzukommen ist und zudem die Gewerkschaften dringend auf neue Mitglieder aus den Bereichen Frauen, Angestellte und Jugend angewiesen sind, setzte Mitte der 80er Jahre eine gewerkschaftliche Zukunftsdebatte ein. Gesellschaftspolitische Fragen wurden wieder ein gewerkschaftliches Thema. Z.B.:

- In der Bildungsarbeit, bei der autoritäre und dogmatische durch neue handlungsorientierte und persönlichkeitsbildende Organisationsformen, z.B. Zukunftswerkstätten, ersetzt wurden (vgl. Grubauer u.a. 1991),
- in der Tarifpolitik mit der Kampagne für die 35-Stunden-Woche in der Metall- und Druckindustrie
- sowie in Gesamtkonzeptionen, die in den Gewerkschaften mehr als eine Lohn- und Rechtsschutzmaschine sahen (vgl. Hoffmann u.a. 1993).

Leider scheint es zurzeit, als ob diese Reformansätze wieder unter Eis geraten sind. Der schwierige Gewerkschaftsaufbau und der massive Arbeitsplatzabbau in Ostdeutschland sowie der verschärfte internationale Wettbewerb nach der Einführung des EG-Binnenmarktes drängen die Gewerkschaften wieder in die Defensive. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung steht nun vor der grossen Herausforderung, die Angriffe von Bundesregierung und Arbeitgeber auf die sozialen Rechte (z.B. Einführung von Karenztagen, Verlängerung der Arbeitszeit, Abschaffung des Schlechtwettergeldes, Kürzung des Arbeitslosengeldes sowie der Sozialhilfe, Einschränkung der Tarifautonomie usw.)

abzuwehren, ohne dabei die gesellschaftspolitischen Fixsterne der gewerkschaftlichen Zukunftsdebatte der 80er Jahre aus den Augen zu verlieren (vgl. Kurz-Scherf 1992 und Altvater/Mahnkopf 1993).

Literaturliste

Altvater, E./Mahnkopf, B. (1993): Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung. Tarifpolitik nach Mauer und Mastricht, Münster.

Esser, J. (1982): Gewerkschaften in der Krise, Frankfurt am Main.

Grubauer, F./Mannheim-Runkel, M./Müller, W. (1991): Persönlichkeitsentwicklung, gesellschaftliche Zukunftsgestaltung und solidarisches Lernen. Modelle und Praxiskonzepte für die politische Bildung, Marburg.

Hoffmann, J./Hoffmann, R./Mückelberger, U./Lange, D. (Hg.) (1993): Jenseits der Beschlusslage. Gewerkschaft als Zukunftswerkstatt, Köln, 2. Aufl.

Hoffmann, J. (1986): Zersetzungsprodukt oder strukturierender Faktor in der Restrukturierungskrise? – Gewerkschaftspolitik in der Bundesrepublik in den 80er Jahren: ein Szenario, in: PROKLA, Heft 64/86, S. 8–29.

Kurz-Scherf, I. (1992): Nur noch Utopien sind realistisch. Feministische Perspektiven in Deutschland, Bonn.

Müller-Jentsch, W. (1986): Soziologie der industriellen Beziehungen. Eine Einführung, Frankfurt am Main – New York.